

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Dresden.
Raben & Comp., Nr. 1263.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gbr. Arnhold, Dresden

Abonnementpreis einschließlich Bringerlohn monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,50 M.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Kommazeile 12,00 M., Familienanzeigen 8,50 M., die 8 gespaltene Kommazeile 48,00 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgedruckten Tagen. Für Briefüberlegung 2 M.

Nr. 197

Dresden, Donnerstag den 24. August 1922

33. Jahrg.

Vertagung der Landtagsauflösung

In einer oft recht stürmischen Sitzung verhandelte der Landtag gestern über die das Volksbegehren auf Landtagsauflösung betreffende Regierungsvorlage und über den Antrag unserer sozialdemokratischen Landtagsfraktion auf Einführung der befristeten Landtagsauflösung. Eine endgültige Entscheidung hat er noch nicht getroffen. Dieser soll erst nach einer Ausschussberatung der Vorlage und des Antrages vorzugehen.

Gleich zu Anfang gab es ein Geschäftsordnungsduell zwischen dem Präsidenten Genossen Fräßdorf, der beide Gegenstände als einheitliche Angelegenheit behandelte und gestützt auf den § 17 der Verfassung und den § 28 der Geschäftsordnung, ihre Verweisung an einen Ausschuss als unerlässlich erklärte, und dem Volkspartei-Vizepräsidenten, der die sofortige Entscheidung über die Regierungsvorlage und die gesonderte Behandlung des Antrages Art verlangte, da beide Gegenstände nichts mit einander zu tun hätten. Vizepräsident unterlag; mit dem beiden sozialdemokratischen Parteien stimmten die Kommunisten den Vizepräsidenten Geschäftsordnungsantrag auf getrennte Behandlung beider Gegenstände nieder.

Den sozialdemokratischen Antrag begründete dann außerordentlich wirkungsvoll und nachdrücklich Genosse Winkler, der unsere Fraktion besonders gegen den Vorwurf entschieden verwahrte, daß sie die Befragung des Volkes durch die Auflösung des Landtages und durch Neuwahlen verschleppen und hinterziehen wolle. Er betonte ausdrücklich, daß diese Landtagsneuwahl von uns dringend gewünscht werde, daß sie sobald als möglich erfolgen solle, nur müßten unbedingt noch vor der Landtagsauflösung die Arbeiten erledigt werden, die im Interesse des Landes und des Volkes begonnen worden sind, besonders die Reform der Gemeindeverfassung. Das werde durch den Antrag Art gewährleistet, der gerade dem Wunsch entsprungen sei, die Neuwahlen nicht bis zum Jahre 1923 hinauszuschieben, wie es der Fall wäre, wenn man dem Volksbegehren freien Lauf ließe, sondern sie schnellstens herbeizuführen, ohne aber den jetzigen Landtag in der Vollenbung wichtiger Gesetze zu behindern. Er hielt besonders den Kommunisten vor, daß die Sozialdemokratischen Dresdner Nachrichten die Bedeutung der Gemeindefeststellungsreform für die Arbeiterschaft und den Sozialismus und ihre Gefahr für die Reaktion besser erkannt haben als die Partei der sogenannten äußersten Radikalen, die sich anschießt, wieder einmal gemeinsam mit der reaktionären Rechten durch die Herbeiführung einer vorzeitigen Landtagsauflösung die Verabschiedung jenes wichtigen Gesetzes zum Schaden des Volkes und zur Freude der Reaktionäre hinterziehen zu helfen.

Der Begründung folgte eine äußerst stürmische Debatte, in der wieder einmal Deutschnationale und Volkspartei-Ärm in Arm und Schulter an Schulter mit ihren kommunistischen Antipoden gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien zum Leber zogen.

Daß sich der Deutschnationale Dr. Wagner gegen den sozialdemokratischen Antrag wenden würde, war nach dem Wind mit dem Jauchepfeil, den die Kreuzzeitung den sächsischen Konservativen gegeben hat, und nach der diesem für die sozialdemokratische Regierung und die Landtagsmehrheit besorgen, konnte die getreue Waffengemeinschaft der Kommunisten mit den Deutschnationalen und den Volksparteilern gegen die beiden sozialdemokratischen Parteien nicht bezweifeln, die sich in der überleitenden Stellung zu unserm Antrage erneut der ganzen Öffentlichkeit offenbarte. Jeder unbesangene Zuhörer hatte den Eindruck, daß diese Brandrede gegen das Bürgerium nur gehalten wurde, um Tölpel zu überdöseln und die Aufmerksamkeit der kommunistischen Mittläufer von jener Waffengemeinschaft abzulenken. Das kann natürlich nur bei politischen Kindern wirken. Der Wissende erkennt sofort, was die kommunistische Bekämpfung des Bürgeriums wert ist. Das wurde den Kommunisten auch durch den Unabhängigen Schnirch mit aller Deutlichkeit gesagt.

Der Volkspartei-Vizepräsidenten erklärte, daß die beiden Voten in das deutschnational-kommunistische Horn. Dagegen stimmten der Demokrat Dr. Seherer und der Zentrumsmann Heßlein unter gewissen Voraussetzungen dem Antrage Art zu, der schließlich mit der Regierungsvorlage über das Volksbegehren nach einer glänzenden Schlussrede Winklers, der die Kommunisten ebenfalls und schlagfertig abfertigte wie ihre Waffengemeinschaft von rechts, dem Rechtsausschuss überwiesen wurde. Zu der zur Verhinderung der Gemeindefeststellungsreform ermittelten Landtagsauflösung ist es also immer noch nicht gekommen und die Despoten von rechts und links zogen ab wie die betäubten Rodgerber.

Die Kartoffelversorgung zum Winter

Vielen Hausfrauen hat im vergangenen Winter die Beschaffung von Kartoffeln schwere Sorgen gemacht. Insbesondere herrschte in den großen Städten während des Eisenbahnstreiks und in den Wochen danach großer Mangel, weil es im vergangenen Herbst nicht möglich gewesen war, die erforderlichen Wintervorräte in genügender Menge zu den Hauptverbrauchsgebieten heranzuschaffen. Wir wissen, daß im vorigen Herbst die Haupternte nicht in der zwar nicht glänzenden, aber doch ausreichenden Kartoffelernte lag, sondern in der technischen Unmöglichkeit, die Kartoffeltransporte rechtzeitig zu bewältigen. Ohne daß man heute schon Bestimmtes sagen kann, verpöht doch die diesjährige Kartoffelernte einen zum Teil wesentlich günstigeren Ausfall als im vergangenen Jahre.

Der Antransport der Ernte im vorigen Jahre besaßte deshalb die Eisenbahn besonders, weil er meist von Ostpreußen und Pommern her, also über außerordentlich lange Strecken, erfolgen mußte, wie ja die gesamte Bewegung der Kartoffeltransporte von Osten und Nordosten nach Mitteldeutschland und dem Westen zu geht. Für dieses Jahr bedeutet der zu erwartende günstige Ernteausschlag also schon eine bedeutende Erleichterung der Kartoffelversorgung.

Um darüber hinaus jetzt schon den erforderlichen Kartoffeltransport im Herbst sicherzustellen, haben sich kürzlich in einer Besprechung im Reichsverkehrsministerium Vertreter der beteiligten Ministerien, verschiedene Konsumvereine, der Gewerkschaften und der landwirtschaftlichen Spitzenorganisationen über die notwendigen Maßnahmen geeinigt. Der Kartoffeltransport stellt an das Reichsverkehrsministerium ungeheure Anforderungen. Die Vorräte der Bohm an Kohlen sind sehr gering, die Bohm wird im Herbst in größerem Umfang als im Vorjahre Kohlen besorgen müssen, wenn nicht die Streiks auf den Wasserstraßen aufhören. Darum sind bereits jetzt die Eisenbahnentlastungen angewiesen, auf den Verladebahnhöfen die Bohrarbeiten zu leisten durch Instandsetzung der Anfahrtswege und der Entladevorrichtungen. Die Herstellung von mechanischen Entladegeräten, die von Erzeugern und Verbrauchern gefordert wurden, wird allerdings wegen der schlechten Finanzlage der Reichsverkehrsverwaltung nicht möglich sein. Die Kartoffelversorgung soll im Herbst unter allen Umständen durchgeführt werden unter Zurückstellung aller übrigen Transporte. Eine Verkehrsperre während dieser Zeit hofft man vermeiden zu können. Sie wäre nur eine Maßnahme der äußersten Not. Denn zum Teil fällt ja auch durch die diesjährige frühe Ernte die Winterernte des Umlegegetreides zeitlich mit dem Kartoffeltransport zusammen; eine Verkehrsperre würde dann eine außerordentliche Preissteigerung des freien Getreides bewirken. Eine gewisse Ent-

lastung des Güterverkehrs im September und Oktober wird wohl auch die Erhöhung der Gütertarife am 1. September bringen.

Ein Teil der Verbrauchervertreter will nach Abschluß der Lieferungsverträge mit der Landwirtschaft dem Reichsverkehrsminister einen Plan über die erforderlichen Kartoffeltransporte vorlegen. In ähnlicher Weise wird voraussichtlich auch der übrige Handel vorarbeiten. Im übrigen will das Reichsverkehrsministerium Maßnahmen gegen den wilden Handel treffen, die wesentlich diesmal im Sinne einer Verhinderung unreeller Preistreiber wirken werden. Bleiben die Ernteaussichten so wie bisher, werden die getroffenen Vereinbarungen von allen Seiten eingehalten und halten sich vor allem auch die Verbraucher den überängstlichen Ankäufen zurück, dann dürfte sich in diesem Jahre die Kartoffelversorgung besser und glatter abwickeln als im Vorjahre.

Der Stand der Reparationsverhandlungen

Berlin, 24. August. (Eigene Drahtmeldung.) Im Laufe des heutigen Vormittags sind von verschiedenen Korrespondenten über den Stand der Reparationsverhandlungen Mitteilungen veröffentlicht worden, die im wesentlichen nicht nur richtig sind, sondern auch bitter wenig Beantwortungsgefühl für die augenblickliche Lage erkennen lassen. Es ist unrichtig, daß die Aussichten auf Verständigung „sehr gering“ sind. Selbstverständlich sind die Verhandlungen unverbundlich und sollen der Reparationskommission lediglich als Grundlage ihres Vorschlusses über das deutsche Schuldungsgefühl dienen. Bisher kann der Ausgang dieser unverbundlichen Besprechungen weder optimistisch noch pessimistisch bezeichnet werden. Sicher ist, daß sowohl Brudburg wie auch Wauclère sich ernsthaft bemühen, einen Ausweg zu finden, der für beide Teile annehmbar ist. Daß sich hierbei Schwierigkeiten ergeben, sollte an und für sich als selbstverständlich angesehen werden. Der deutsche Vermittlungsvorschlag, der darauf hinausläuft, einen Goldfonds von 50 oder weniger Millionen in Berlin als Sicherheitsleistung für ausländische Holz- und Kohlenlieferungen der Reparationskommission zur Verfügung zu stellen, ist weder von Brudburg noch von Wauclère als inakzeptabel bezeichnet worden. Im Gegenteil, beide Herren haben sich ernsthaft mit diesem Vorschlag beschäftigt. Heute vormittag tagte das Reichskabinett, um sich mit dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nochmals zu befassen. Anschließend empfing der Reichsminister die Vertreter des Wiedergutmachungsausschusses, die sich inzwischen mit dem deutschen Vorschlag beschäftigt hatten zur Rücksprache.

1 Dollar = 2000 Mark

Wie uns aus Berlin gemeldet wird, ist der Dollar im Laufe des heutigen Tages auf 2000 gestiegen. Vergleiche den Börsenbericht auf Seite 3.

Seipel in Berlin

Den Vertretern der Berliner Presse erklärte am Mittwochabend in der deutsch-österreichischen Gesandtschaft Bundeskanzler Dr. Seipel zu seiner Berliner Reise das folgende:

Auf die Anfrage, ob unser Besuch in Berlin willkommen sein würde, erhielten wir sofort die zustimmende Antwort der Reichsregierung. Wir sind nicht mit einem fertigen Kongress auf die Reise nach Prag, Berlin und Rom gegangen. Wenn Ungarn tatsächlich einen Protest gegen unsere Reise erheben sollte, weil es davon unsern Beitritt zur Kleinen Entente befürchtet, so wird dieser Protest keinen Gegenstand finden; daß gerade unsere politische Zukunft nicht in einer Bindung an die Kleine Entente bestehen wird, ist schon von meinen Amtsvorgängern so oft wiederholt worden, daß diese Behauptung keinen Glauben finden kann. — Unsere Besprechungen in Berlin waren natürlich für uns von der allerhöchsten Bedeutung. Fast mehr als unsere eigenen Augenzeugenheiten haben uns in diesen Stunden die des großen deutschen Reiches interessiert. Wenn wir in den nächsten Tagen mit einem der führenden Männer der Großen Entente (mit Schanzer in Verona) sprechen, werden wir uns all das vor Augen halten, was wir hier gesehen und gehört haben. Wir waren zuerst in Prag, weil die Tscheko-Slowakei die Führung in der Kleinen Entente hat, wir sind nach Berlin gekommen, weil das stammverwandte Deutschland unsern Herzen am nächsten liegt, und wir gehen nach Italien, weil es als einzige Ententegroßmacht an unser Vaterland grenzt. Was uns veranlaßt hat, unsre Reise anzutreten, wird der Herr Finanzminister darlegen.

Finanzminister Segur betonte, daß er sich die Selbsthilfe in den Vordergrund gestellt habe. Erst wenn wir selbst die nötigen Anstrengungen gemacht haben, deren ein Volk fähig ist, werden wir dem Ausland unter Hinweis auf das Mantelgesetz zum Selbsthilfe recht nicht and. Der Minister sprach sodann die Verlegenheit, die die für den 15. August geplante Freitragung der Notenbank durch die plötzlich aufgestellten neuen Bedingungen der Anglo- und der Wäckerbank erfahren habe. Diese Verzögerung hat jetzt zu dem gewaltigen Ansturm beigetragen. Der Verweisung an den Kaiserbund steht unser Volk nach allen

Erwartungen sehr skeptisch gegenüber; die Regierung wird aber auch auf diesem Wege mit allem Nachdruck arbeiten.

Durch den Kronensturz ist die mehrmonatige Atempause, die der neue Finanzplan schaffen sollte, und in der man sich um auswärtige Kredite hätte bemühen können, verhindert worden. Der jetzige Notpreis von 4190 Kronen wird voraussichtlich pro Woche um je 1000 Kronen steigen. Wir müßten uns also fragen, ob dieser Staat noch in der vorgeschriebenen Selbstständigkeit zu erhalten ist, oder ob eine neue politische Konstellation eintreten soll. Sei der wir ja nicht lediglich zusammenbrechen und nur Objekt sind. In dieser Richtung suchten wir gewisse Informationen einholen. Diese Prüfung nahm, nicht ein Anschluß ist der Zweck unsrer Reise. Grundsätzlich ist die Ansicht, daß wir unmittelbar vor dem Zusammenbruch stehen. Nach menschlicher Voraussicht ist für die nächste Zeit die Weiterführung des Staatshaushaltes gesichert. Diese Reise ist keine Weltreise, wir verlangen nirgendwo Kredit oder momentane Anleihe, Vorschüsse oder dergleichen. Die Situation unsres Staates ist gewiß keine rosige, aber der finanzielle Dienst ist vorläufig gesichert. Es geht ja auch nicht an, daß man etwa 24 Stunden vor Einstellung der Zahlungen erst mit den Nachbarmächten spricht.

Aus Herrn Segurs Reich

Der Optimismus oder besser vielleicht gesagt das Gottvertrauen des Herrn Segur ist bewundernswert, wenn man sehen in der Wiener Arbeiterzeitung darüber:

Mit der allgemeinen Teuerung steigen die Preise für Kleidungsgegenstände überaus rasch. Beiträge von vielen hunderttausend Kronen, ja von Millionen Kronen für eine Ware sind keine Seltenheit mehr. Da auf der Schuhschneiderei nun bessere Schuhe bis zu 200000 Kronen kosten, sind Schuhe von mittlerer Güte in den Geschäften kaum unter 100000 bis 120000 Kronen erhältlich. Zugespitzt sieht man in Stadgeschäften bis zum Preise von einer halben Million Kronen angeschrieben. Man möchte doch wissen, wieviel Arbeitslohn darauf anfällt. Auch die

Seite 6
Bewußtlose
ht, mo er
dem Obfu
and, bet-
(9. Schul-
ollschulen
Räufte-
jahr 1922
auf wurde
forderung
Dresdens,
teilerzeit
it ihm zu
schließen,
chte zwa
zu ent-
Haupt-
Donnerst-
schließen.
Freunde
ic Schule
id Reich
lung bei
gechl. an
lebung-
lebung-
Volters,
August
in der
d Herz-
11te,
12te,
13te;
Partei-
uppen-
in der
Morgen
Tafel.
launen-
it im
vicinen-
erent:
noch
11te
12te,
13te,
14te
15te
16te
17te
18te
19te
20te
21te
22te
23te
24te
25te
26te
27te
28te
29te
30te
31te
32te
33te
34te
35te
36te
37te
38te
39te
40te
41te
42te
43te
44te
45te
46te
47te
48te
49te
50te
51te
52te
53te
54te
55te
56te
57te
58te
59te
60te
61te
62te
63te
64te
65te
66te
67te
68te
69te
70te
71te
72te
73te
74te
75te
76te
77te
78te
79te
80te
81te
82te
83te
84te
85te
86te
87te
88te
89te
90te
91te
92te
93te
94te
95te
96te
97te
98te
99te
100te